

Volkswacht

für Schlesien

Organ für die werftätige Bevölkerung

Verlagsgesellschaft und Hauptgeschäftsstelle Breslau 2
Jersprech-Anschlüsse: Geschäftsstelle Ring 1206, Redaktion Ring 3141
Postfach-Amt: Postfach-Amt Breslau Nr. 5852

Anzeigenpreis: 20 Pfennige für geschäftliche Anzeigen aus Schlesien
30 Pfennige für auswärtige Anzeigen aus dem Reich
40 Pfennige für auswärtige Anzeigen aus dem Ausland
Stellenangebote, Verträge, Verdingungs-Angebote 5 Pf.
Kleine Anzeigen pro Wort 1 Pf., das fünfte Wort 2 Pf., Anzeigen für
die nächste Nummer müssen bis vormittags 11 Uhr (1 Tag vorher) in der Haupt-
Expedition für Straße 4/6 sowie in sämtlichen Zweigstellen abgegeben werden.

England nach der Wahl.

Die Zusammenlegung des Parlaments.

Konter meldet: Sonnabend um 10 Uhr abends war der Parteitag der Konservativen in der Albert Hall, der Parteien folgender: Konservative 253, Liberale 152, Arbeiterpartei 192, Unabhängige 5 (ihre Zahl geht nicht aus dem Bericht hervor).

Wer übernimmt die Regierung?

Konter meldet: Am Montag wird ein Kabinettsrat abgehalten werden, auch wird eine Versammlung der konservativen Parteien im Laufe der Woche stattfinden. Inzwischen werden die Meinungen in liberalen Kreisen über den wahrscheinlichen Verlauf der Ereignisse lauer. In gewissen Kreisen wird vorgeschlagen, das gegenwärtige Kabinett solle aufgelöst werden und mit Zustimmung der Liberalen im Amt bleiben. Es wird aber auch vorgeschlagen, daß im Falle des Rücktritts Baldwin Ramsay MacDonald aufgefordert werden sollte, das Ministerium zu bilden. In diesem Falle würde die Arbeiterpartei-Regierung abhängig von der Unterstützung der Liberalen und das Programm der Arbeiterpartei würde daher nicht mehr die Pläne der Nationalisierung enthalten können. In der anderen Richtung meldet es, das Ergebnis der Wahlen sei eine noch nie dagewesene politische Lage geschaffen. Die Parteien seien in gleicher Weise nicht imstande, allein zu regieren. Die starken Meinungsverschiedenheiten zwischen ihnen machen jeden Vertrag zwischen ihnen schwierig. In politischen Kreisen herrsche große Erregung. Es wird erwartet, daß Baldwin zurücktritt. Für diesen Fall würde der König wahrscheinlich einen anderen konservativen mit der Kabinettsbildung betrauen.

Genosse Macdonald gegen Poincaré.

Die erste außenpolitische Kundgebung der Arbeiterpartei nach dem Wahlerfolg.

Ein eigener Drahtbericht aus London meldet uns: Der Führer der englischen Arbeiterpartei, Ramsay MacDonald, erklärte dem Sonderberichterstatter einer französischen Zeitung, er könne nicht verschweigen, daß augenblicklich das englische Volk Frankreich gegenüber nicht günstig gestimmt sei. Es wäre eine Kleinigkeit, die öffentliche Meinung in Großbritannien gegen Frankreich aufzuheben. Er wüßte, daß die führenden Politiker sich davon überzeugen, daß Frankreich durch französische Verhandlungen den Versuch machen müsse, zu einem Einverständnis zu gelangen. Eine Frage, die in Kürze Zeit gestellt werden würde, sei die der französischen Schuld gegenüber Großbritannien. Alle französischen Staatsfinanzen zeigen, daß Frankreich gezeichnete. Das englische Volk frage sich deshalb, warum es nicht bezahle, was es schulden sei, da die Engländer doch ihre Schuld bei den Vereinigten Staaten bezahlten. Frankreich könne sich rühmen, keine Arbeitslosen zu haben. Es könne aber, daß es sich nicht Rechenschaft davon ablege, daß England nicht so glücklich sei. In England glaube man, daß Frankreich kein offenes Spiel treibe und daß es eine als egoistisch empfundene Politik verfolge. Gewisse Reden Poincarés hätten den schlechtesten Eindruck auf das englische Volk gemacht. Es gäbe kein Volk auf der Welt, mit dem man befreundet bleiben könne, wenn man mit ihm nicht zürne. Nach der Ansicht der englischen Arbeiterpartei, heißt MacDonald, sei das Ruhrunternehmen Frankreichs vollkommen unannehmbar, wenn Frankreich die Entente aufrecht erhalten wolle, müsse es England einen Schritt entgegenkommen.

Der andere Abbau!

An Einnahmen und Lebenskraft.

Aus Berlin wird uns von besonderer parlamentarischer Seite geschrieben: Der Reichstag hat mit großer Mehrheit das Ermächtigungsgesetz angenommen und damit werden in rascher Folge Verordnungen ergehen, die uns zwar sonst auch nicht erspart blieben, weil sie nach der eventuellen Auflösung auf Grund des berühmten Artikel 48 der Verfassung verhängt worden wären. Die ersten dieser Verordnungen sollen starke Zugriffe auf die Steuerleistung der Besitzenden enthalten — so ist es wenigstens von dem Herrn Finanzminister Dr. Luther angekündigt worden.

Man darf die Sachlage nicht verschleiern und die steht so, daß das Reich keine Mittel mehr hat, um am 1. Januar noch Beamtengehälter und Arbeiterlöhne zu zahlen. Die Mittel sollen durch noch im Dezember stehende Steuererträge aufgebracht werden, damit der völlige Bankrott des Reiches verhindert wird, denn die Papiermark, mit der man sich bisher geholfen hatte, darf nicht mehr neugedruckt werden und man kann auch die Rentenmark natürlich nicht durch Druck neuer Scheine dem Schicksal der Papiermark ausliefern.

Dabei haben die Veröffentlichungen über die Höhe der Gehälter und Löhne gezeigt, daß diese, auf Goldwert berechnet, auf die Hälfte des Friedensstandes gesunken sind. Der Schleier ist weggezogen, den die Papierwährung vor die wirklichen Verhältnisse gehängt hatte. Wir sehen jetzt klar, wie gering das Einkommen aller Gehalts- und Lohnempfänger geworden ist. Dazu kommt die ungeheure Härte der Personalverminderung, die zahlreiche Arbeiter, Angestellte und Beamte gerade im Weihnachtmonat trifft. Die „Gehungstrübe“ des Reiches, wie man es zu nennen beliebt, wird also zum erheblichen Teil auf Kosten derjenigen veranlaßt, die ohnehin in den letzten Jahren schwer gelitten haben und es wird sich erst zeigen müssen, inwieweit die Opfer der Besitzenden dazu mitherausgezogen werden. So weit, wie die Sozialdemokraten gehen wollten, wird die Regierung Marx auf keinen Fall gehen. Die Einziehung eines Drittels oder eines Viertels der Produktionsmittel zugunsten des Staates, die Beschlagnahme von Brillanten, Edelsteinen, Goldschmuck und anderen Luxusgütern, ehe die Kinder des Volkes an Unterernährung zugrunde gehen — dazu wird sich eine bürgerliche Regierung nicht entschließen und insofern werden ihre Maßnahmen halbbitten bleiben. Der binnen kurzem vor uns stehende Wahlkampf wird dem deutschen Volke die Frage vorlegen, ob es seine Gesundheit auf Kosten von Luxus und Besitzgütern oder auf Kosten der Lebenskraft unzähliger Menschen vornehmen will. Die gegenwärtige Vertretung der Sozialdemokratie reicht zur befriedigenden Lösung dieser Frage ziffernmäßig nicht aus, deshalb kann sie sich nur mühselig einschieben, wo sie das Schlimme nicht ganz verhüten, das Bessere nicht ganz durchzusetzen vermag.

Zu einem anderen Abbau hat der Reichstag seine Zustimmung bisher nicht geben wollen, nämlich zu seinem eigenen. Die Anregung des Präsidenten, die Zahl der Abgeordneten zu vermindern, die er ohne ausdrücklichen Auftrag seiner Fraktion, aber mit Billigung vieler Parteigenossen einbrachte, hat nirgends schärfere Zurückweisung gefunden als bei den Deutschen Nationalen! Die Gegner des Parlaments treten für recht viele Parlamentarier ein und dieselben Leute, welche gelegentlich den Vorwurf der „Diätenfluderer“ erheben, wehren sich mit Händen und Füßen, die Zahl dieser „Diätenfluderer“ zu vermindern. Sie wollen nicht weniger Diätenfluderer, sondern sie wollen nur die Diäten allein schinden.

Wenn man die Reformen nicht bei sich selber beginnt, wie will man dann notwendige Härten bei anderen begreiflich machen? Die Frage ist deshalb noch nicht endgültig entschieden. Die Wähler aber mögen beobachten, wie das Kabinett Marx seine Ermächtigung ausnützt und ihre Befehle daraus ziehen.

Fehrenbach Zentrumsvorsitzender.

Wie die „Voss. Ztg.“ berichtet, hat das Zentrum anstelle des zum Reichslangjahr ernannten Abgeordneten Marx, den früheren Reichstagsler Fehrenbach zum Vorsitzenden der Reichstagsfraktion gewählt. Fehrenbach hat sich bereit erklärt, die Leitung der Fraktion zu übernehmen.

Die Annahme des Ermächtigungsgesetzes.

Drei wichtige Abstimmungen im Reichstag.

Der Antrag des Abgeordneten v. Graefe (nörrisch), die Aufhebung seiner Immunität noch in der Sonnabend-Sitzung zu erledigen, scheitert am Widerspruch der Kommunisten. Mit der zweiten Beratung einer Vorlage zur Änderung des Reichswahlgesetzes ist ein deutschnationaler Antrag auf Einführung der Wahlpflicht verbunden und eine Vorlage zur Änderung des Gesetzes über den Volkszensus, wonach ein Volkszensus, das von den Anträgen selbst nicht weiter verfolgt wird, vom Reichsminister des Innern eingestellt werden kann. Eingeführt wird ein amtlicher Stimmzettel, der alle zugelassenen Wahllochschlüsse mit den Namen der ersten 4 Bewerber. Der Wähler wird durch Ankreuzung an, welchen Wahlvorschlag er wählen will, eine Herabsetzung der Zahl der Reichstagsabgeordneten ist vorgeschlagen und dringend empfohlen, die Zahl der Mitglieder der Landesparlamente zu vermindern. Die Wahlkreise werden, abgesehen vom Groß-Berlin, das nach wie vor die drei kreisfreie Berlin, Potsdam I und II bilden wird, so verfeinert, daß auf jeden ungefähr 1,5 Millionen Einwohner entfallen.

Abgeordneter Schulz-Bromberg (Dtnl.): Eine Veränderung der Abgeordnetenzahl ist notwendig. Die neuen Wahlen werden mit den zahllosen Namen werden nur Konfusion stiften. Stellen Sie keine zu großen Anforderungen an die Intelligenz der Wähler! (Heiterkeit.) Abgeordneter Dittmann (Sog.): Im Ausschuss hat sich der Abgeordnete Schulz gegen jede Verminderung der Zahl der Abgeordneten ausgesprochen. Wir sind dafür, am 1. Januar die am 1. Januar 1924 in Amerika durchaus bewährte, obwohl es dort mehr Anstöße gibt, als in Deutschland. Den deutschnationalen Antrag auf Einführung der Wahlpflicht lehnen wir ab.

Nach weiteren Bemerkungen der Abgeordneten Brodau und Eickhorn (Komm.) wird die Vorlage in zweiter und dritter Lesung angenommen. Die namentliche Abstimmung über den deutschnationalen Antrag auf Wahlpflicht wird zurückgestellt.

Schlussabstimmung über die ganze Vorlage ergibt jedoch die Ablehnung mit 217 gegen 179 Stimmen bei 9 Enthaltungen. Mehrere Anträge auf Forderung der Personalabbauperordnung gehen nach kurzer Debatte an den Rechts- bzw. Ueberwachungs-Ausschuss. Ein sozialdemokratischer Antrag auf Wiedereinführung der Demobilisierungsvorordnung über die Regelung der Arbeitszeit gewerblicher Arbeiter wird angenommen.

Damit ist die Tagesordnung erledigt. Vizepräsident Dr. Well erhebt für den Präsidenten die Ermächtigung, Tag und Tagesordnung der nächsten Sitzung selbst zu bestimmen. Gegen den Protest der Deutschen Nationalen und Kommunisten wird so beschlossen. Daraufhin schließt der Vizepräsident die Sitzung mit guten Wünschen für die Festtage.

Der in dem Ermächtigungsgesetz zur gutachtlichen Äußerung vorgesehene Fünfschneeraussschuss trat am Sonnabend nach Beendigung der Plenarsitzung zu seiner konstituierenden Sitzung zusammen. Der Abg. Dr. Schulz von der Deutschen Arbeiterpartei wurde zum 1. Vorsitzenden und der deutschnationale Abg. Hergt zum 2. Vorsitzenden gewählt. Genosse Dr. Hergt amtiert als Schriftführer. Außer ihm gehören von der Sozialdemokratie die Genossen Hermann Müller-Franken, Bender, Breunig, Steinkeppf und Giebel dem Ausschuss an. Die erste Sitzung des Fünfschneeraussschusses findet am Dienstag vormittags 10 Uhr statt. Auf der Tagesordnung steht die Beratung einer Verordnung über den Personalabbau, die bereits vom Sparsausschuss des Reichstages vorgelegt wurde.

Die Spitzenverbände der Wirtschaft für Preisabbau.

Im Reichswirtschaftsministerium fand am Sonnabend eine Besprechung über Goldmarkakkulation statt, an der folgende Verbände teilnahmen: Reichsverband der deutschen Industrie, Zentralverband des deutschen Großhandels, Hauptgemeinschaft des deutschen Einzelhandels, Hansa-Bund, Industrie- und Handelsrat, Reichsverband des deutschen Nahrungs- und Genussmittelgewerkschaften, Reichsverband deutscher Konsumvereine, Zentralverband deutscher Konsumvereine. Einmütig wurde folgender Beschluss gefasst: Die Versammlung ist der Ansicht, daß unverzüglich in allen Stufen der Warenherstellung und Warenverteilung zur reinen Goldmarkakkulation unter Beseitigung aller Risikozuschläge für Geldentwertungsgefahren überzugehen ist. Die im Umlauf befindlichen wertbeständigen Zahlungsmittel sind angehts der gegenwärtigen Uebereinstimmung der Bewertung der Mark in In- und Ausland als vollwertig anzusehen. Als vollwertige Zahlungsmittel gelten: Rentenmark, Goldmark, Goldmark, Goldmark, Goldmark, Goldmark und die vorzugsweise durch Goldmark gedeckten Notzahlungsmittel, so weit und so lange die Reichsbank deren Einlösung vornimmt.

Konnte die Fraktion nicht anders handeln?

Die Zustimmung zum Ermächtigungsgesetz.

Genosse Dr. Ernst Cassirer schreibt uns:

Die Reichstagsfraktion hat für ihre in den letzten Tagen bewiesene lakonische Haltung sicherlich gute Gründe gehabt. Es ist richtig, daß die Ablehnung des Ermächtigungsgesetzes die Auflösung des Reichstages zur Folge haben muß. Es ist weiter richtig, daß es im Augenblick beinahe unmöglich ist, Wahlen durchzuführen, da die Verhältnisse im Westen und der militärische Ausnahmezustand die Freiheit der Agitation aufheben. Es liegt ferner nicht im Interesse des Proletariats, die Regierung Marx, wie sie es angekündigt hat, in der parlamentarischen Zeit mit Hilfe des Artikels 48 der Reichsverfassung regieren zu lassen. Inzwischen aber braucht diese Drohung nicht zu sein. Zwar hat man den Artikel 48 in den letzten Jahren gedankendazu mißbraucht, um auf dem Verordnungswege Maßnahmen zu treffen, die man auf parlamentarischem Wege nicht oder nicht so schnell hätte treffen können. Man hat in den letzten Tagen sogar auf Grund des Artikels 48 eine Änderung des Verordnungsrechts durchgesetzt. Die thüringische Reichswehr hat den Suizid und Selbstmord dekretiert. Alle namhaften Juristen sind aber darin einig, daß der Artikel 48 die Regierung nur zu Anordnungen ordnungspolizeilicher Art berechtigt und eine gar zu starke Überbeherrschung der Legislative hätte auch nach Aufhebung des Reichstages durch eine Anrufung des Staatsgerichtshofes oder im Einzelfall auch der ordentlichen Gerichte verhindert werden können.

Die Fraktion hatte vor kurzem noch in Uebereinstimmung mit der Masse der Parteigenossen erklärt, daß sie jeder Regierung das Vertrauen verweigere, die nicht den Ausnahmezustand aufhebe. Ihr Umsturz hat Verwirrung in die Reihen der Parteimitglieder getragen. Auf Grund des jetzigen Ermächtigungsgesetzes kann der Schlußpunkt abgehakt werden. Uns, die wir nicht in der Regierung sind, wird man mitverantwortlich machen. Die Stärke der Sozialdemokratie kann nicht in parlamentarischen Dilemmata bestehen. Ihre Kraft beruht auf dem Vertrauen des Proletariats. Juraisten aber hat das Proletariat nur zu einer klaren Politik. Der einfache Wähler versteht die Tat nicht, die keine Revolution ist, und doch nach außen als solche erscheint. Man muß ausprechen, was ist.

Die Deutschnationalen hoffen, bei den von ihnen erhofften Neuwahlen unsere Partei zu zerstückeln. Ihre Zustimmung wird sie täuschen, aber eine Entzweiung der Einheit der Partei würde ihnen wahrheitsgemäß zuzuführen bringen. Wenn man allerdings hat, wie das Proletariat sich jetzt um Revolutionserfolge brüht, weil es sich in Spaltungskampfen vergeblich statt die Gegner zu bekämpfen, so hat man als Sozialist nur den einen Wunsch, dies nicht wieder zu erleben. Im Haupt der Partei sind viele Wahnungen; wenn jemand eine andere faktische Auffassung hat, braucht er deswegen noch kein schlechterer Parteigenosse zu sein. Außerhalb der Partei erstreckt der Gegner.

Glaubt man dies, dann müssen einem die letzten Vorkämpfe in der Reichstagsfraktion wie tiefer Schmerz erfüllen. Es ist nicht richtig, wenn ein Abgeordneter im Gegensatz zum Schluß der Fraktion im Reichstage seine Stimme erhebt. Die Tat des Genossen Hoffmann-Schmargendorf ist also zu rühmend. Es ist aber ebenso wenig richtig, wenn die Fraktion hierauf Hoffmann aus ihren Reihen ausschließt. Hierzu hat sie kein Recht. Die Parteigenossen im Lande haben ihn in den Reichstag geschickt, und nur die Organisation, die ihm das Mandat gegeben hat, kann ihn nach unserem Glauze das Mandat entziehen. Die Fraktionspaltung ist im Kriege nur Folge der Parteispaltung geworden; eine solche Möglichkeit muß man zu denken, ist im Augenblick aber Verbrechen.

Von den Parteigenossen, die zur Fraktionsmehrheit gehören, ist zu verlangen, daß sie in Zustimmung bleiben mit dem politischen Willen der Parteimitglieder, von denen, die zur Minderheit gehören, daß sie Disziplin halten. Welche politische Linie gewählt wird, ist verhältnismäßig gleichgültig, eins tut wohl: Einigkeit und die aus dem Bewusstsein der Einigkeit geborene Entschlossenheit. Dann können die Deutschnationalen kommen. Führer, deren Politik die Spaltung fördert, soll das Proletariat zum Urteil jagen, mögen sie innerhalb der Partei rechts oder links stehen.

Die Kritik des Genossen Cassirer an der Haltung der Reichstagsfraktion geht von einem juristischen Gedanken aus der Richtung von großer Bedeutung sein kann. Genosse Cassirer hält die bisher übliche praktische Auslegung des Artikels 48 der Reichsverfassung — mit Recht — für falsch und hätte es lieber gesehen, wenn das Kabinett Marx statt auf Grund des Ermächtigungsgesetzes auf Grund einer richtigen Auslegung des Artikels 48 der Reichsverfassung regiert hätte. Dazu muß diese richtige Auslegung aber erst vorher durchgeführt sein. Das ist leider nicht der Fall. Die „Vollmacht“ ist mit ihrer rechtlichen Forderung nach Zustimmung der Reichstagsfraktion nicht erfüllt worden. Der Minister hat die Anwendung des Artikels 48 auf dem Genosse Cassirer

selbst angelehnt der Unzuständigkeit von Wahlen unter dem militärischen Ausnahmezustand und vor der Beendigung im Reich die letzte Verfügung durch das Ermächtigungsgesetz vorzuziehen.

Daß die Meinung der Reichstagsfraktion ihre Zustimmung dazu zunächst nicht geben wollte und dann gab, ist richtig. Aber dieser „Unfall“ — wenn man eine Veränderung der Taktik so nennen will — beruht nicht nur auf der Erwägung, die am Sonntagabend ein besonderer parlamentarischer Mitarbeiter so eindringlich vorgetragen hat: man dürfe den Beginn der wirtschaftlichen Forderung unterbreiten auf keinen Fall schieben. Dieser „Unfall“ hat auch eine Verbesserung des Ermächtigungsgesetzes durch die Einführung des parlamentarischen Kontrollenetzes gemacht, die angesichts der Schwäche der bürgerlichen Regierung nicht ohne Bedeutung ist. Und sie hat Schlimmeres, nämlich die Reichstagswahl im ungenügenden Augenblick und damit Auflösung des Reichstages mit vorläufiger Übergangsregierung ohne Kontrolle verhindert.

Den Ausschluß des Genossen Hoffmann-Schmargendorf (nicht Adolf Hoffmann) bedauern auch wir. Aber so folgenlos wie Cassirer antritt, kann er wohl nicht werden. Die angebliche Parallele mit dem Fall Liebknecht stimmt schon deswegen nicht, weil Hoffmann vor seinem jetzigen Amtsinhaber nicht als Führer vom Range Karl Liebknechts war, es also nicht erst recht nicht sein wird. Um die Gründe der Partei ist uns nicht daran, wenn die Parteimitglieder im Lande jetzt nur ihre Zeit nicht wieder einmal mit einer unzulässigen Diskussion über erledigte Fragen verschwenden dürfen. Gerade aus diesen parlamentarischen Verhandlungen der letzten Tage sollte man erlernen, daß der Reichstag jetzt nur ein paar unglückliche Wintermonate vorüber ist, um im Frühjahr desto kräftiger zu erscheinen. Dann geht es um Fragen von grundsätzlicher Bedeutung, in denen die Einheit und Zusammenhalt unserer Partei von selbst gegeben ist.

Wer wird Reichsbankpräsident?

Schlechte Aussichten für Helfferich — trotz angebotener Unterstützung aus der Deutschnationalen Partei!

Das Reichsbankdirektorium hat bekanntlich den deutschnationalen Abgeordneten Dr. Helfferich zum Reichsbankpräsidenten vorgeschlagen und bereits an den Reichstagsrat und Reichsrat eine entsprechende Eingabe geschickt. Wie der „Tag. Parlaments-Nachricht“ hierzu schreibt, hat Dr. Helfferich in den Verhandlungen, die das Reichsbankdirektorium mit ihm geführt hat, bereitwillig das Amt anzunehmen und im Falle seiner Ernennung zum Reichstagsmandat niederzulegen und aus der Deutschnationalen Partei auszuschließen. Das Reichsbankdirektorium hat auf den Wunsch des Reichstagsrats und Reichsrats, den deutschnationalen Partei Helfferich als alle Traditionen der Reichsbank hochzuhalten, obwohl im Falle Helfferich nichts daran geändert wird, daß der Kandidat der Reichsbank deutschnational abgesehen von Helfferich und in jeder Hinsicht auch entsprechend handelt. Inzwischen haben die Bemühungen der Herren Gumbel und Jahn um ihren Freund Dr. Helfferich, den sie als den würdigen und verantwortlichen Deutschlands wägen, kaum große Erfolge erzielt. Helfferich findet im Reichstag, der an sich auf die Ernennung des Reichsbankpräsidenten direkt einwirken darf, nur bei seiner eigenen Fraktion und nach nicht einmal hier großes Ansehen. Auch der Reichsregierung und Reichstagsregierung ist seine Ernennung kein Bedürfnis. Dies durch wichtige Gründe bestimmten Bestimmungen des Reichstagsrats, dessen Vorsitzende er auch ist, wider. Gumbel und Jahn sind in den Reichstagsrat, dem Reichsbankdirektorium und dem Reichstagsrat nicht angeschlossen. Vielmehr ist anzunehmen, daß die Ernennung der Reichsbankpräsidenten durch den Reichstagsrat und Reichstagsrat nur durch die Unterstützung der Deutschnationalen Partei zu erreichen ist. Die Ernennung des Reichsbankpräsidenten durch den Reichstagsrat und Reichstagsrat ist ein Zeichen der Anerkennung der Deutschnationalen Partei in der Reichsbank und der Reichstagsrat.

Die neue fünfprozentige Hypothekendarlehen Kreuzens.

Die neue fünfprozentige Hypothekendarlehen Kreuzens, die durch die Reichsbank und Reichstagsrat beschlossen ist, ist ein Zeichen der Anerkennung der Deutschnationalen Partei in der Reichsbank und der Reichstagsrat.

Die Entschädigung für Schiffen und Gefangenen.

Die Entschädigung für Schiffen und Gefangenen, die durch die Reichsbank und Reichstagsrat beschlossen ist, ist ein Zeichen der Anerkennung der Deutschnationalen Partei in der Reichsbank und der Reichstagsrat.

Der deutsche Botschafter in Amerika

Dr. Wiedebald, scheidet mit dem 1. Januar aus dem Reich aus und tritt wieder in die Funktion der Firma Krupp ein. Sein Nachfolger ist der gegenwärtige Gesandte in Tokio, Dr. ...

Kreuzer meldet aus Washington, ein neuer Panzer

Der deutsche Botschafter in Amerika, Dr. Wiedebald, unterzeichnet während des Krieges einen Vertrag, der die Rechte des Reiches während des Krieges aufrechterhalten soll, dem Senat baldigst zur Ratifizierung vorgelegt werden.

Angriffe der französischen Sozialisten gegen Poincarés Außenpolitik.

Die Sozialisten in Frankreich greifen die Außenpolitik von Poincaré an. Sie fordern eine stärkere Unterstützung der französischen Interessen im Ausland. Sie kritisieren die Verhandlungen mit England und die Beziehungen zu den USA. Sie fordern eine stärkere Zusammenarbeit mit den französischen Sozialisten in anderen Ländern.

Kampfanzeige der polnischen Opposition

Die polnische Opposition fordert die Zentralregierung auf, die Interessen der polnischen Bevölkerung zu schützen. Sie fordern die Freilassung der polnischen Gefangenen und die Unterstützung der polnischen Wirtschaft.

Entscheidung im tschechisch-polnischen Konflikt

Die Entscheidung im tschechisch-polnischen Konflikt ist ein Zeichen der Anerkennung der Deutschnationalen Partei in der Reichsbank und der Reichstagsrat.

Die Bankkonzentration in der Welt

Die Bankkonzentration in der Welt ist ein Zeichen der Anerkennung der Deutschnationalen Partei in der Reichsbank und der Reichstagsrat.

Der Kampf am Dover.

Roman von Victor Hugo.

Die Stimme sprach weiter: Seit hat seinen Willen in die Hände, die Kräfte, den ... Sie sind nicht mehr die Kinder, die Sie waren, als Sie ... Sie sind nicht mehr die Kinder, die Sie waren, als Sie ... Sie sind nicht mehr die Kinder, die Sie waren, als Sie ...

Die Zeit erfüllt uns gleich einer Sanduhr, ohne daß wir ... Die Zeit erfüllt uns gleich einer Sanduhr, ohne daß wir ... Die Zeit erfüllt uns gleich einer Sanduhr, ohne daß wir ...

Donna schüttelte die Achseln, sie war fort, sie war ... Donna schüttelte die Achseln, sie war fort, sie war ... Donna schüttelte die Achseln, sie war fort, sie war ...

Bayern nach dem Wuttsch.

Von unserem Münchener Mitarbeiter.

I. Der Kampf.

Die bayrische Politik ist mehr als je ein Spiel um die Befriedigung persönlicher Ehrgeize, Macht- und Sicherheitswünsche. Man kann unter den Inhabern der leitenden Stellen kaum zwei finden, die sich gegenseitig nicht in Feindschaft oder mindestens mit Argwohn gegenüberstehen. Die wenigen sachverständigen Persönlichkeiten zeigen jenen Mangel Mut, der während der letzten Jahre in Bayern so oft dem Durchdringen der besseren Erkenntnis hinderlich gewesen ist.

Ministerpräsident Kulling ist offenbar über die Eindrücke vom 8. und 9. November einigermaßen hin- und hergeraten und hat damit die Lust zum Weitergehen wiedergefunden. Er sucht sich zu festigen durch einen Ministerwechsel; im Gegenzug zu seinem bisherigen Innenminister Schwerer will er von den „Vaterländischen Verbänden“ alles retten, was ohne dringende Gefahr für die Regierung selbst gebudeht werden kann. Selbst die Hitlerorganisationen würde er wohl kaum dauernd unterdrücken, sondern aller Wahrscheinlichkeit nach über längere oder lang in dieser oder jener Form freigeben, wenn er in Personalfragen Garantien gegen künftige außerordentliche Umstürze bieten kann. Rahr dagegen ist sich bei aller Beschränktheit seines Gesichtskreises darüber klar sein, daß als politischer Führer seine Zukunft mehr hat und sich nichts Besseres wünschen kann als einen halbwegs ehrenvollen und sicheren Abgang. Aber im Augenblick kann er die Macht noch nicht aus den Händen geben. Seine rechtliche Position hat sich in den letzten Wochen außerordentlich verschlechtert. Wohl hat er über sein Verhalten in der Nacht vom 8. auf den 9. November verschiedentlich Aufklärung gegeben; aber was über allgemeine Redensarten hinausgeht, bezieht sich nur auf die Abendstunden vor seinem Weggang vom Regierungssitz und auf die Morgenstunden nach Mitternacht. Was zwischen 10 und 1 Uhr in jener Nacht geschehen ist, davon wußte Herr v. Rahr bisher wenig zu erzählen. Für diese Zeitpanne liegt nun aber folgendes Material vor:

1. Die „Deutsche National-Zeitung“ München-Munsterger Straße 11 und 12, meldete in ihrer Nummer vom 8. November, daß nach der Zusammenkunft des Wuttsches erfolgte, daß gegen Ministerpräsident Kulling ein Mandat erlassen wurde, das die leitenden Beamten in der Provinz ergangen sei, wonach die Staatsgewalt „als Statthalter“ übernommen habe. Auf dieses Telegramm hat auch Herr v. Gräbe in einer Zeitungsausschnittsammlung, Herr v. Rahr hat sich über diesen Punkt geäußert.

2. Die rechtsradikale Zeitschrift „Fredericus“ hat der nationalsozialistische „Oberbayer“ mitgeteilt, daß zwischen 11 und 12 Uhr, als er sich bereits wieder im Landeshauptstadt befand, den von den Wuttschen zum bayrischen Ministerpräsidenten bestimmten früheren Polizeipräsidenten Kulling empfangen habe. Zu diesem habe Rahr durchaus im Sinne einer Teilnahme an der Wuttschaktion gestanden. Der „Oberbayer“ hat ferner berichtet, daß bei Unterredung auch der von Hitler als Polizeipräsident in Aussicht genommene Oberregierungsrat Friedl zugegen gewesen sei, und daß Rahr ihn bei dieser Gelegenheit als Polizeipräsident in Aussicht genommen habe. Ein Dementi Rahrs ist nicht bekannt geworden.

3. In der Nummer 4 und 5 Uhr traf nach einem Bericht des „Bayrischen Anzeigers“, eines Organs der bayerischen Volkspartei, von München kommend, Generalrat Bittlinger in Kollnsee ein. Kollnsee ist ein kleiner oberbayerischer Ort an der Westgrenze des Chiemgaaus. Sieh der „Bayrischen Anzeiger“, des „Kommandos“ einer sehr starken Abteilung des Wehrverbandes „Bayern und Reich“. Bittlinger habe die Wehrverbände zusammenzurufen und sich zu deren Mitgliedern einer Weile geäußert, die „im höchsten Grade verärgert und sehr empört“ seien, im Sinne des Herrn v. Rahr, gewesen. Kulling des Herrn v. Rahr vom neunten November. Nun ist freilich die Möglichkeit offen, daß Bittlinger ein eigenes Mitglied der Partei ist; aber noch näher liegt für den Kenner der bayrischen Verhältnisse ein Herr v. Rahr weniger günstige Deutung. Die Herrn Bittlinger hochachtbare Presse die Darstellung des „Bayrischen Anzeigers“ bestritten hat, darf wohl als nicht belanglos betrachtet werden.

Sicherlich hat Rahr den Wuttsch vom 8. November zu diesem Zeitpunkt und in dieser Form gewollt. Aber die Tatsachen deuten darauf hin, daß er sich entschlossen hatte, der Sache zunächst

einmal ihren Lauf zu lassen, nachdem sie gegen seinen Willen vorzeitig zum Ausbruch gekommen war. Wenn das nicht richtig ist, dann wäre es unbegreiflich, warum Rahr nicht längst jeden einzelnen seiner Schritte in jener Nacht der Öffentlichkeit bekannt gegeben, warum er sich vor allem in seinen vielen Erklärungen mit den entscheidenden Punkten des Belastungsmaterials nicht auseinandergesetzt hat. Ist es aber richtig, dann bleibt die Frage offen, durch welche Tatsachen Rahr veranlaßt wurde, die Einigung mit Hitler für nichtig zu erklären. Wann hat Herr v. Rahr erfahren, daß der Oberbefehl der Reichswehr an General v. Seekt übertragen wurde, daß Seekt diesen Oberbefehl angenommen hat und daß Bormarschbefehl erteilt war? Zur weiteren Aufklärung wäre auch nicht unwesentlich zu wissen, welche Weisungen von München in der fraglichen Nacht an die in Nordbayern stehenden Ehrhardtverbände ergangen sind.

Man muß sich alle diese Dinge vor Augen halten, um zu verstehen, weshalb dringendes Interesse Herr v. Rahr daran hat, die Prozesse gegen Hitler, Ludendorff, Böhmer, Friedl, v. Bormarsch, v. Bormarsch, v. Bormarsch durchzuführen zu lassen, und zwar, solange er noch im Amt ist. Auch Kulling muß sich dafür einsetzen, nicht aus Freundschaft für Rahr, aber aus Furcht, daß die ganzen derzeitigen Machtverhältnisse in Bayern unhaltbar werden, wenn es außer einem Fall Hitler-Ludendorff auch noch einen Fall Rahr gibt und damit der Keim zu einem noch größeren staatspolitischen Skandal, den die Angelegenheit in sich trägt, sich entfalten kann. Immerhin hat der Ministerpräsident in seiner Rede vor dem Landtag es sorgfältig vermieden, sich irgendwie über diese Dinge näher auszulassen.

Sicherlich wird die Mexikanisierung der bayrischen Verhältnisse, die sich gerade in der Heberwien der persönlichen Interessen der einzelnen Machtthaber und Verbandsführer ausdrückt, auf die Dauer nicht ohne Widerstand im Lande selbst bleiben. Die Wahlen des kommenden Jahres werden die Hoffnungen der Rechten wohl nirgends mehr enttäuschen als gerade in Bayern. Aber leider kann bis dahin noch allerlei geschehen, und große, dringende Aufgaben erwachsen deshalb der Reichsgewalt.

Hindenburg soll Führer sein.

Aber er ist zu alt!

Die Wuttschen sind bekanntlich wieder einmal auf der Suche nach einem geeigneten Diktator. Ludendorff ist von der gesamten völkischen Bewegung fallen gelassen worden. Sein Name hat abgewirkt. Der Wuttsch hat seine Schuldigkeit getan, der Wuttsch kann gehen. Aber wer soll an Ludendorffs Stelle treten? Die „Deutsche Zeitung“ tippt auf den Namen des Generals v. Seekt. Der „Fredericus“ Mann v. C. Holz vertritt mit einem anderen, „Hindenburg soll Führer sein!“, ruft er in einer Unterhaltung mit Ehrhardt aus, die er in seiner Zeitschrift „Fredericus“ mehr länglich als interessant wiedergibt. Und Ehrhardt, der schlaue Kuch, der in der Unterredung von Ludendorff behauptet, er intrigierte gegen ihn?

„Hindenburg“, so sagt er, „ja, das wäre ein Ausweg. Daraus hat ich bisher nicht gedacht. Gegen diesen Mann habe ich keine Bedenken. Aber er ist alt. Es müßten zunächst die einzelnen Führer zusammenkommen und die Richtlinien festlegen, nach denen der Feldmarschall die vaterländische Bewegung führt.“

Aber davon will der F. C. Holz nichts wissen. „Nein, nein!“ ruft er aus. „Die vaterländische Bewegung ist am Zusammenbrechen. Da ist keine Zeit mehr zu verlieren. Zeigt dem deutschen Volk den Namen Hindenburg und es wird bereit aufstehen, es wird wieder hoffen und glauben. Hindenburg ist nicht zu alt.“

Darauf Ehrhardt, er werde sich die Sache überlegen. Der Bormarsch sagt zusammen: „Ludendorff will noch nicht abdanken. Ehrhardt versucht, sich an die Stelle Ludendorffs zu drängen. Die Berliner Wuttschen, Richtung „Deutsche Zeitung“, bemitleiden sich, Seekt als Reklameschild zu erhalten. Der treffliche F. C. Holz erhebt Hindenburg auf den Thron. Saniert Köpfe, isoliert Sinne, löst die Bindungen, löst die Diktatoren.“ Aber kein Diktator! „Gute Nacht und Gott beschützen, denn ich habe Gite“, sagt F. C. Holz seine Unterredung. „Gott beschützen!“ kann man der ganzen völkischen Bewegung zuzufügen.

der Eisenbahnregie, den Betrieb mit einem stark reduzierten Personal aufzunehmen, muß man bezweifeln, ob es gelingen wird, rechtzeitig die notwendige Leistungsfähigkeit der Bahnen herzustellen, die allein auch ein erhöhtes Gütererzeugung der Produktionsbetriebe ermöglicht. Immerhin ist von deutscher Seite der Versuch gemacht, eine Verständigung zu finden. Man kann nicht sagen, daß er ohne erhebliche Opfer erkauft wäre. Rechtlich kann die deutsche Regierung die französische Eisenbahnregie nicht anerkennen. Tatsächlich aber hat diese die Gewalt, über das Lebensrecht Tausender von Arbeitnehmern zu entscheiden, an deren Erhalten das Deutsche Reich das größte Interesse hat. Aus dieser Zwangslage heraus entstand der Vertrag, der gegenüber den früheren Vorschlägen der Franzosen in vielen Punkten Kompromisse enthält, der aber weit davon entfernt ist, auch nur rein technisch, geschweige denn völkerechtlich, ein Ideal vorzulegen.

Auf Grund dieses Vertrages wird ein kleiner Teil der Eisenbahnbeamten des besetzten Gebietes in die französische Regie übernommen, die Regierung behält sich das Recht vor, auch die übrigen Beamten wie bisher zu beschäftigen. Von den 180 000 Beamten werden 40 000 in den Dienst der Regie treten. Die Beschäftigungsfähigkeit der übrigen bedeutet eine geringe Belastung für die Reichsbahn, die man aber ohne eine neue Tarifherabsetzung bestreiten zu können hofft, wenn im übrigen die Betriebs- und Verwaltungsreform durchgeführt wird. In dem Protokoll des Abkommens ist auch die Zusage enthalten, daß die Regie in der Frage der Ausgewiesenen nach erneuter Prüfung der alten Schritte unternehmen wird. Die deutschen Vertreter verlangen ebenso wohlwollende Maßnahmen für die in Gefangenschaft verurteilten Bediensteten der Reichseisenbahnverwaltung.

Der Vertrag regelt dann alle Einzelheiten des Verkehrsverhältnisses, das sich z. B. durch sehr kompliziert gestalten wird, daß die Beförderungsgebühren beim Übergang von der Regie und von der deutschen Reichsbahn jeweils getrennt erhoben werden.

Vor Neuwahlen in Sachsen?

Die sächsische Regierung ist bekanntlich ein Ministerkabinet, das im Parlament von den Demokraten unterstützt wird. Praktisch hat das zur Folge, daß die sozialistische Regierung zwar den Verwaltungssapparat in den Händen hat, aber bei wichtigen Beschlüssen immer an die Demokraten gebunden ist. Augenblicklich macht sich diese Bindung in einem Versuch der sächsischen Demokraten geltend, die Zusammenlegung des Kabinetts selbst zu ändern. Sie wünschen aus verschiedenen Gründen den Rücktritt bzw. die Entlassung des Innenministers Weidmann und beabsichtigen, falls ihren Wünschen nicht Rechnung getragen wird, der Regierung ihre weitere Unterstützung zu verweigern. Der sozialdemokratischen Landtagsfraktion ist bereits ein entsprechendes Schreiben der demokratischen Fraktion zugegangen. In diesem Zusammenhang spielen auch die Beschlüsse des sächsischen Landestages eine Rolle, der die Möglichkeit zur Bildung einer sozialistischen Regierung mit Unterstützung der Kommunisten bekanntlich nicht aufgegeben hat. Die sächsischen Demokraten erblicken darin eine Möglichkeit, der angeblich den an ihre Toleranz gegenüber der Regierung gestelltsten Voraussetzungen widerspricht.

Es ist anzunehmen, daß Genosse Weidmann den Wunsch der Demokraten nicht von sich aus erfüllt und der Ministerpräsident eine Entlassung seines Innenministers nicht vornimmt. Vorläufig muß man jedenfalls mit einer neuen Ära spätestens unmittelbar nach den Weihnachtsfeiertagen rechnen. Was dann? Eine Regierung mit den Kommunisten ist praktisch bereits probiert und erwiesenermaßen unzulänglich, während jede andere Koalitionsbildung von dem sächsischen Landestag an einen neuen Parteitag getupft ist. Bei der Einberufung weiterer sächsischer Genossen ist kaum anzunehmen, daß sie einer Regierungskoalition mit den Demokraten, die wiederum sehr stark nach der Bildung der Großen Koalition drängen, ohne weiteres ihre Zustimmung geben. Unter diesen Umständen dürfte schließlich nichts anderes übrig bleiben, als den Appell an die sächsische Bevölkerung zu richten, daß die Bildung eines Bürgerblocks bei der gegenwärtigen Zusammenfassung des sächsischen Landtages ebenfalls unzulänglich ist. Selbst angenommen, daß die Demokraten bei der Behebung des Wirtschaftsministeriums und der Rettung der Staatsbankrott befreit werden, dürften auf Grund der bestehenden Verhältnisse auf die Dauer Neuwahlen in Sachsen nicht zu umgehen sein, (sobald erst vor kurzem bekanntlich die jetzige Kammer gewählt wurde und sich häufige Wahlen nicht im Interesse der Demokratie liegen. Red.)

Dresden, 8. Dezember. (Eigener Drahtbericht.) Die unpolitische Reichswehr sieht in Sachsen ihre politische Tätigkeit fort. General Müller hat als Träger der obersten Kommandogewalt die Oberregierungsräte Wader und Köhler, die beide der WSPD angehören, bis auf weiteres vom Dienst entlassen. Wader war seinerzeit Leiter der Pressestelle des Polizeipräsidiums. Das Wehrkreiskommando erklärt heute in der Presse, daß der völkische Oberregierungsrat Wader nicht zum Polizeipräsidenten ernannt, sondern nur mit der Führung der Geschäfte eines Polizeipräsidenten betraut worden ist.

Thüringer Regierung und Landesuniversität

Aus dem Thüringer Volksbildungsministerium wird mitgeteilt:

Der Vorsitzende des Verbandes der Deutschen Hochschulen hat am 5. November 1923 an die Rektoren der deutschen Hochschulen und die Unterrichtsverwaltungen der Länder ein Schreiben gerichtet, in dem er in die Beziehungen des Thüringischen Ministeriums für Volksbildung und der Landesuniversität in Jena eingegriffen versucht. Das Thüringische Ministerium für Volksbildung hat die anderen Unterrichtsverwaltungen bereits wissen lassen, daß es wegen der in dem genannten Schreiben gegebenen einseitigen Darstellung des Sachverhalts, besonders aber auch wegen der gebrauchten Ausdrucksweise, mit dem Hochschulverband in keine Erörterungen eintreten wird.

Neuerdings ist das Schreiben des Hochschulverbandes in der Presse veröffentlicht worden. Es ist daher auf seinen unmittelbaren Anlaß kurz eingegangen. Nachdem eine Mitteilung des Senats der Universität an das Ministerium in den Zeitungen erschienen war, ehe sie an das Ministerium gelangte, wurde die Universität daran erinnert, daß § 8 des 1907 erlassenen Allgemeinen Universitätsstatuts den Beauftragten der Regierung anweist, sich „von allen besonderen Vorgängen an der Universität dauernd und eingehend zu unterrichten“. Zu diesem Zweck sind ihm auf Verlangen die Akten der Universität, ihrer Fakultäten und Ausschüsse vorzulegen und von den Universitätsorganen jede begehrte amtliche Auskunft zu erteilen.“ (Wortlaut des Statuts.) In den sich daran anschließenden mündlichen und schriftlichen Auseinandersetzungen ist von Seiten des Ministeriums immer wieder betont worden, daß irgend eine „Präzedenzfall“ nicht beabsichtigt ist, sondern daß es sich nur um Ausübung des Rechtes handelt, in amtliche Schreiben der Universitätsorgane so weitgehend Einsicht zu nehmen, daß einseitigen Darstellungen über amtliche Vorgänge rechtzeitig entgegengetreten werden kann. Eine Beschränkung der Selbstverwaltung ist durch die Ausübung des sachengemäß der Regierung zugehörigen Rechtes der Entscheidung in amtliche Vorgänge keinesfalls erfolgt. Ebenfalls ist von einem Eingriff in die Befreiung gesprochen worden. Obwohl also keinerlei Maßnahmen getroffen worden sind, die als Zensur, Genehmigungsfrist oder dergleichen gedeutet werden könnten, wird doch fortgefahren, von einer „Anhebung der freien Meinungsäußerung“, einem „Mißbrauch für parteipolitische Sonderzwecke, einer Vergewaltigung und Unterdrückung“, von „keislichen Gemwaltmaßnahmen“, von „ungesetzlichem Druck“ usw. zu sprechen. Besonders bemerkenswert ist, daß eine Aufforderung der Universität, sich zu dem Schreiben des Hochschulverbandes in einem Teil der Presse unter dem Titel: „Schlimmer als im besetzten Gebiet“ verbreitet wird.

Der wieder durch aufstrebende Worte, nach durch das tatsächliche Verhalten der mit der Staatsaufsicht betrauten Stellen darüber bezeugt werden kann, daß die Verhältnisse gar nicht so liegen, wie sie zum Schaden der Thüringer Universität dargestellt dargestellt werden, trägt selbst zur Verminderung des Ansehens der Jener Hochschule bei. Er selbst ist sich ferner dem Bewußtsein aus, die Universität für parteiische Zwecke mißbrauchen zu wollen.

6 Abgeordnete zur Strafverfolgung freigegeben.

Der Geschäftsordnungsausschuß des Reichstages genehmigte am Sonnabend auf Antrag des Oberstaatsanwalts die Strafverfolgung der kommunistischen Abgeordneten Fröhlich, Koenen, Kemmele, Gieseler und Frau Clara Feitth, sowie des sozialdemokratischen Abgeordneten Hoffmann. Kaiser-Kaiser wegen Hochverrats. Die Immunität der genannten Abgeordneten wurde aufgehoben.

Reich. Deutsches vom Sonnabend 4 200 000 000 000
1 Goldmark = 100 000 000 Reichsmark

Tuch-Korte
Tuch-Korte
Tuch-Korte

Besserung im besetzten Gebiet.

Stärkere Kohlenförderung. — Rückgängig gemachte Verkehrsanktionen.

Nach einer Vorausmeldung aus Düsseldorf ist in der Kohlen- und Holzregie des besetzten Gebietes in der vergangenen Woche eine wesentliche Besserung eingetreten. Die Kohlenförderung im besetzten Gebiet ist danach um 20 Prozent gestiegen. Auf der Grube Dahl hat sich die Förderung innerhalb von vierzehn Tagen verdoppelt. In den Kohlenwerken des Saartals sind 160 Förderer in Betrieb gesetzt worden, und zwar auf der Grube Wessling 40, auf Grube Eri 60, auf Grube Sasja 60. Bei der Bergbau-Unternehmensgesellschaft sollen 30 Förderer, bei Grube 70 und auf der Grube Mont Cenis 50 wieder in Betrieb sein.

Das Mainzer Eisenbahnabkommen.

Vor einigen Tagen ist zwischen der deutschen Reichsbahnverwaltung und der französischen Eisenbahnregie für das besetzte Gebiet ein Abkommen getroffen worden, das inzwischen die Befreiung der Reichsregie von der Besetzung des besetzten Gebietes und des Eisenbahnverkehrs. (Eine Folge der Reparationsverträge der „Ricom“. Red.)

Familien-Anzeigen

Verband der Deutschen Buchdrucker.
Am 8. Dezember verschied im Alter von 68 Jahren nach kurzem Krankenlager der
Korrektor Bruno Siant.
Ein ehrendes Andenken bewahren ihm
Die Mitglieder des Ortsvereins Breslau.
Beerdigung: Dienstag, den 11. Dezember, nachmittags 1 1/2 Uhr, von der Halle II in Oswitz aus.

Günstiges Weihnachtsangebot!
Anzug-Kostüm Stoffe
Wester-, Mantel-
bequem auf Fellechtung, offeriert
Tuchhandlung
Haudorfstraße 4
an der Gartenstraße
Geschäftszeit: 9-1, 3-5 Uhr.

Rum. Walnüsse
Sicil. Haselnüsse
Blaumohn
eingetroffen. 1539
Herm. Straka Nachf.
Ring, Am Rathaus Nr. 10
Mineralbrunnen und Kolonialwaren.

Billiger wie im Frieden
bekommen Sie in der
Nordsee
aus täglich eintreffender Zufuhr
feinste goldgelbe **Fettsprossen** nur **20** Pf.
Seefische, Marinaden, Salzheringe
usw. jetzt ebenfalls **billiger!**
Unsere Geschäfte sind nur: 3145
an der Teichstraße
Bohrauer Straße 2 rechts vom Ring am
Schmiedebrücke 19 rechts von
Neue Schweißnitzer Str. 5a rechts von d. Gartenstr.
Fernsprecher Ohle 5290, 5291, 4223.
Wiederverkäufer billigste Engrospreise.

Druckerei Volkswacht Gasführung aller Drucksachen
Breslau 2 **Giarstraße 4/6**

Stadttheater.
Montag: Geschlossen.
Dienstag 7 1/2 Uhr:
Jas und Zimmermann.

Robertheater.
Intendant: Paul Barany.
Tel.: R. 8774 und R. 6700.
Montag und Dienstag 7 1/2 Uhr:
„Peer Gynt“.

Thalia-Theater.
Ring 6700 7 1/2 Uhr:
Die spanische Fliege
mit Ludwig Stössel.
Sonntag, 15. Dezember
„Der Hochzeitsst.“
mit Ludwig Stössel.

Schauspielhaus.
Operettenbühne Tel. Ring 2545
Heute und täglich 7 1/2 Uhr:
Gastspiel Edith Karin
Der Günstling der Jarin.
Dienstag 7 1/2 Uhr:
Gastspiel Edith Karin
Zum 25. Male:
Der Günstling der Jarin.
Samstag nachm. 3 1/2 Uhr:
Gastspiel Elli Pfeiffer:
Der Eigenerbaron.

Circus
Straßburger
Täglich 7 1/2 Uhr:
? Aero-Star ?

Seife gut schäumend, 17 3/4 Pf.
Bismut, Benz, Seife sehr bill.
Frau Frieda Lippart,
Seifendruckerei 16.

Non erschienen:
Die Zukunft der deutschen Volksgesundheit
von Arthur Bergmann.
0,20 Goldmark.
Bestellungen werden von der Expedition dieses Blattes sowie von sämtlichen Kolporturen entgegengenommen.



Nach Süd-Amerika über Spanien

mit den Dampfern des
NORDEUTSCHEN LLOYD BREMEN
Beste Reisegelegenheit in allen Klassen
Anerkannt gute Verpflegung und Bedienung
Kostenlose Auskunft und Fahrpläne durch
sämtliche Vertretungen
In Breslau: Norddeutscher Lloyd.
General-Agentur: Neue Schweißnitzer Straße 6 (Allianz-Haus)

Berücksichtigt unsere Inferenten!

15% Weihnachts-Rabatt
zahlt das Schuhhaus
Mohr & Co. Poststraße 2
(Ecke Ohlauer Straße)
auf alle Schuhwaren
in bekannt guten Ausführungen. 3145

S. Beyer Nachf.
Ohlauer Straße 60/61
Gegründet 1892

Spezial-Geschäft für
Glas · Porzellan · Haus- und
Wirtschaftsartikel

Hermann Kary & Co.
BRESLAU I
Nikolaistraße 16/17
Fernsprecher Ring 7980

Strumpfwaren * Trikotagen
Handschuhe * Webwaren

August Schneider, Wurstfabrik
Fabrik und Kontor
Westendstraße 68
Telephon:
Ring 2315
Schneider's
Wurst- und
Fleischwaren
sowie Delikates-
Dosen-Würstchen
bieten allen Wiederverkäufern vorzuziehende Bedingungen

Reich & Glücksmann
Junkernstraße Nr. 41/43
Schuhgroßhandlung

Gottward Meisner
G. m. b. H.
Fabrik feinsten Liköre
Poststraße 8 BRESLAU I Tel. Ring 202

L. & J. Offner
Nikolaistraße 63a — Telephon Ohle 8053
Tuch-Großhandlung

Oberhemden
Sporthemden
Krawatten
R. Hauschner Nachf.
Inh. M. Sacher
Breslau I, Nikolaistraße 16/17
Arbeitshemden
Monteurblusen
Socken, Strümpfe

A. Bielschowsky
— Inhaber: K. Grzesik —
♦ ♦ ♦
MODEHAUS
Breslau, Schmiedebrücke Nr. 29a

Abfahrt der Züge von Breslau-Hauptbahnhof.

Nach Rixdorf-Schweidnitz — Chorzów — und Ebersdorf — Gaudenzburg.				Nach Rixdorf-Glatz — Mittelschweid.			
5 35	5 45	5 55	6 05	6 05	6 15	6 25	6 35
nach Chorzów	nach Chorzów	nach Chorzów	nach Chorzów	nach Glatz	nach Glatz	nach Glatz	nach Glatz
10 35	10 45	10 55	11 05	11 05	11 15	11 25	11 35
nach Chorzów	nach Chorzów	nach Chorzów	nach Chorzów	nach Glatz	nach Glatz	nach Glatz	nach Glatz

Gebrüder Adler, Likörfabrik
Ausschankstellen in allen Stadtteilen

Kaufhaus Liebichshöhe, Taschenstraße Nr. 13/15
Strumpfwaren, Trikotagen, Herrenartikel = stets sehr preiswerte Angebote

Dresel & Adler Kupferschmiedestraße 7
Telephon Ohle 9056
Herren- u. Knabenkleiderfabrik
Spezialität: Größen 1-12

Adolf Malinowitzer Klosterstraße 23
Strumpfwaren & Trikotagen
Berufskleidung

Frost Kawelke & Co.
Bohprodukten-Großhandlung
Telephon Ring 8231 * Breslau 6, Westendstraße Nr. 35 * Telephon Ring 8231

M. Keiler
Breslau, Karlsplatz 3
Fernsprecher Ohle 537
Gegründet 1874

Webwaren-Großhandlung

Hans Boehm
Holzgeschäft
BRESLAU 7, Höfchenstraße 67
Telephon Ring 6239 u. 9956 und Ohle 8729
Telegramm-Adresse: Holzboehm

Lagerplatz Ende Fröbelstraße, Gräbchen
Lack- u. Kiefernholzschmittmaterial in allen Abmessungen

Robert Fullborn Nachf.
Alte Bäckerstraße 12
Fenster- u. Türbeschläge
Eisenwaren

Gebrüder Markus G. m. b. H.
Abteilung I: Königstraße 11.
Trikotagen — Strumpf- u. Wollwaren
Abteilung II: Karlstraße 1
Baumwollwaren — Textilwaren

Pfeffermann & Schwarz
Breslau I, Junkernstraße 13
Telephon: Ohle 5582 — Gegründet 1882
Webwaren-Großhandlung
Eigene Ausrüstung!

Feig & Schüttan
Baumwollwaren, Kleiderstoffe
en gros Karlstraße 28 en gros

Breslauer Nachrichten.

Breslau, 10. Dezember.

Reinigte Sozialdemokratische Partei.

Heute abend 7 1/2 Uhr wird in den Bezirks-Versammlungen das sehr zeitgemäße Thema: "Goldpreise und Goldbörsen"...

Die Befreiung der jüdischen Elektrizität

Die Befreiung der jüdischen Elektrizität ist ein Thema, das in den letzten Tagen wiederholt diskutiert wurde...

Kinder in Not.

Die Not der Kinder ist ein Thema, das in den letzten Tagen wiederholt diskutiert wurde...

Genuss mit den Preisen!

Die Kaufkraft der Gelder ist ein Thema, das in den letzten Tagen wiederholt diskutiert wurde...

Mathematik und Wirtschaft.

Die Mathematik ist ein Thema, das in den letzten Tagen wiederholt diskutiert wurde...

angeschlossenen Kreise die dringende Aufforderung, sich ihre Pflicht gegenüber der Volksgemeinschaft auch im gegenwärtigen Augenblick stets vor Augen zu halten...

Die zweimal vertagte Parteiversammlung

Die zweimal vertagte Parteiversammlung soll nun diesen Donnerstag stattfinden...

Stadterordnete und Stadträte.

Dienstag, abends 8 Uhr, wichtige Fraktionsitzung im Gewerkschaftshaus...

Invalidentversicherung.

Table with 3 columns: Lohnklassen, Markten zu, Millionen Markten zu. Rows show income brackets and corresponding values.

Der Berechnung des Jahresarbeitsverdienstes ist stets der für den Kalenderjahr zu ermittelnde Arbeitsverdienst zu Grunde zu legen...

Vom Arbeiterbildungsansatz.

Am Mittwoch abend spielt im Gewerkschaftshaus wieder das beliebte Szenario...

Zur Beamtenbefreiung.

Man schreibt uns: Die Befreiung der Beamtenbefreiung ist ein Thema, das in den letzten Tagen wiederholt diskutiert wurde...

Die Sport-Arena in der Jahrhunderthalle in Breslau.

Die gewaltigen Arbeiten in der Jahrhunderthalle nähern sich jetzt mehr und mehr dem Ende...

Die Stadterordneten haben Donnerstag Sitzung.

Die Stadterordneten haben Donnerstag Sitzung. Aus der Tagesordnung...

Musikalischer Vortragsabend in der Hindenburg-Halle.

Musikalischer Vortragsabend in der Hindenburg-Halle. Am Dienstag, den 11. Dezember...

Ufa- und L-Theater.

Ufa- und L-Theater. Die beiden Theater, die bedeutendste Film...

Der Breslauer Eislaufverein.

Der Breslauer Eislaufverein beabsichtigt in diesem Winter, sofern es genügend Gelegenheit zum Training gibt...

Tatgemeinschaft Jünger Menschen.

Tatgemeinschaft Jünger Menschen. Heute abend 7 1/2 Uhr...

Die Konzertdirektion Hoppe.

Die Konzertdirektion Hoppe zeigt am: Mittwoch, den 12. Dezember...

Lacht unsere Jugend nicht zugrunde gehen!

Lacht unsere Jugend nicht zugrunde gehen! Gebt für die Kinderhilfe der deutschen Arbeiterklasse!

Reiz nicht kassieren!

Reiz nicht kassieren! Die feinkörnige Erde gibt noch und reichert weiter an. Vorwärts! Auf die Erde mit ihrem...

Auf dem rauchenden Berg.

Auf dem rauchenden Berg. Aus einem Reisetagebuch. Ist es gefährlich, den Berg jetzt zu besteigen? Der Berg...

